

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Mali

Datum: 12.04.2012

Militärputsch in Mali - Wohin steuert Westafrika?

Derzeit überschlagen sich die Ereignisse nach dem Militärputsch in der Republik Mali vom 22. März. Nach dem letzten Stand vom 12. April stehen die Zeichen auf einer Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung durch die Militärjunta. Sicherlich als Reaktion auf den massiven Druck der ECOWAS-Staaten sowie auf die desaströse militärische Lage im Norden des Landes wurde der ehemalige Parlamentspräsident Dioncounda Traorè am 12. April zum Präsidenten Malis ernannt.

Das Sahelland Mali gilt seit mehr als 20 Jahren als demokratisch stabil, und als Hoffnungsträger für Frieden und Entwicklung. Auf dem Kontinent ist Mali eines der Länder mit den höchsten Entwicklungszuschüssen weltweit. In die Schlagzeilen der internationalen Presse geriet das Land im Januar dieses Jahres, als aus Libyen geflüchtete Tuareg die chronisch instabile Lage im Norden Malis für ihre Zwecke nutzten und offen gegen den malischen Staat rebellierten. Gemeinsam (oder auch unabhängig, genaue Angaben sind hier kaum möglich) mit dem Maghrebarm der Al-Qaida (AQMI) sowie mit weiteren, nach Unabhängigkeit strebenden lokalen nomadischen Stämmen, hatten die Rebellen offen gegen den malischen Staat revoltiert. Verschiedene Initiativen der Anrainerstaaten Mauretanien, Niger und Algerien scheiterten zumeist an der eher bedächtigen und wenig entschlossenen Haltung der malischen Regierung. Massaker an malischen Soldaten, und die zunehmend katastrophale Situation für die lokale Bevölkerung führten zu einer Flüchtlingswelle im Umfang von etwa 200.000 Menschen, vornehmlich in die Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger. Verhandlungsinitiativen der französischen Regierung scheiterten ebenso wie verschiedene Versuche der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS.

In Mali war seit langem Unmut zu spüren über das halbherzige Bemühen der Regierung, die Lage im Norden entschlossen zu bekämpfen. Offene Angriffe gegen angebliche Tuareg in der Hauptstadt Bamako, öffentliche Proteste gegen eine Regierung, deren Präsident die sich beständig zuspitzende Lage aussitzen wollte, um die für Ende April vorgesehenen Parlaments- und Kommunalwahlen sowie ein Verfassungsreferendum nicht zu gefährden. Mitte März hatte sich die Lage dann soweit

zugespitzt, dass die Rebellen etwa ein Drittel des Territoriums zwar nicht direkt kontrollierten, es aber zumindest der direkten Kontrolle des malischen Staates entzogen hatten. Vor diesem Hintergrund wurden Fragen laut nach der Sinnhaftigkeit der anstehenden Wahlen sowie nach dem lange ersehnten Konzept, der Bedrohung im Norden endlich entschlossen entgegen zu treten.

Der dann am 22. März erfolgte, im Wesentlichen unblutige Militärputsch bestätigt natürlich das in weiten Teilen der Welt noch immer vorherrschende Bild Afrikas: Kriege, Katastrophen, Hunger. Diese Einschätzung wird der Lage im Westen Afrikas aber nur unzureichend gerecht. Trotz der gerade überwundenen Krise in der Côte d'Ivoire, trotz drohender Hungersnot im Sahelgürtel, trotz des jüngsten Putsches in Mali, trotz fehlender demokratischer und fundamentaler rechtsstaatlicher Strukturen in den meisten Ländern der Region, verdichten sich die Anzeichen, dass immer mehr Menschen nicht mehr gewillt sind, die Tatenlosigkeit der sie Regierenden länger zu tolerieren. Zu offensichtlich sind die Auswüchse persönlicher Bereicherung einer ausschließlich an ihren persönlichen Interessen ausgerichteten politischen Führungsriege. Zu lange schon toleriert die internationale Gemeinschaft Staaten, die unter dem Deckmantel demokratischer Wahlen sozialen Fortschritt eher behindern als fördern, Bildungssysteme dramatisch vernachlässigen und wirtschaftliches Wachstum ausschließlich über den Export von Rohstoffen definieren. Die vermeintlich positive Entwicklung Westafrikas erhält aber zunehmend auch dadurch Dämpfer, dass sich diese Region immer mehr zu einer strategischen Drehscheibe für kriminelle Aktivitäten (Drogen-, Waffen- und Menschenhandel) entwickelt und darüber hinaus die nach wie vor erschreckenden sozialen Verhältnisse vor der Küste Westafrikas eine Piraterie generieren, die allmählich ähnliche Formen wie in Ostafrika annimmt.

Dabei sind die wirtschaftlichen Rahmen- und Eckdaten tatsächlich vielversprechend. Ghanas Wirtschaftswachstum betrug 2011 stolze 13,6 % und lag damit sogar noch weit vor den BRICS-Ländern¹. Burkina Faso und Niger konnten sich mit Werten zwischen 7 und 9 % ebenfalls deutlich steigern. Diese Daten lassen Investoren aufhorchen und nach der geglückten Überwindung der ivoirischen Krise stehen im Grunde alle Zeichen auf Fortschritt im Sinne von vermehrtem Investoreninteresse dank stabiler politischer Verhältnisse in der Region Westafrika. Der Putsch in Mali kommt da tatsächlich zur Unzeit, und verstört in erster Linie die Staats- und Regierungschefs der Region, da sie fürchten müssen, dass das Bild eines kontinuierlichen Stabilisierungsprozesses erneut Risse bekommt.

Der Putsch in Mali verdient natürlich zu Recht eine Verurteilung, weil er gegen die fundamentalen Grundsätze jedes demokratischen Gemeinwesens verstößt. Zu denken gibt allerdings, dass seit den ähnlich gelagerten Vorfällen (die zugegebenermaßen weniger dramatisch waren) in Burkina Faso gerade einmal ein Jahr vergangen ist; Dass der dortige Präsident vor nunmehr 26 Jahren ebenfalls über einen Putsch an die Macht kam; Dass die demokratisch legitimierte Regierung des Niger das Ergebnis einer „vorausschauenden“ Militärrevolte vor etwas mehr als zwei Jahren war; Dass die

¹ Brasilien, Indien, China und Südafrika

demokratischen Wurzeln im westafrikanischen Musterland Ghana durch einen Militärputsch vor etwas mehr als 20 Jahren gelegt wurden. Die Liste könnte weiter ergänzt werden.

Viel entscheidender als die Tatsache eines Putsches scheint aber zu sein, dass sich in den Zivilgesellschaften der Region (und hier ist man durchaus versucht, auch die Putschisten in Mali einzubeziehen) ganz offenbar Entwicklungen andeuten, die es den bestehenden Regimen künftig schwerer machen werden, an den Bevölkerungen „vorbei“ zu regieren. In Mali hat die verfassungsgemäße Regierung des Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT) angesichts des Terrors im Norden ganz offenbar versagt. Versagt haben aber auch die Anrainerstaaten Mauretanien, Algerien, Burkina Faso und Niger, mit ihnen die gesamte regionale Staatengemeinschaft unter dem Dach der ECOWAS, letztlich der Afrikanischen Union. Zu ungewiss wäre ein konsequentes militärisches Vorgehen im Norden gewesen, unvorhersehbare ethnisch bedingte Funken hätten die sensiblen innenpolitischen Fragen zum Lodern bringen können. Kaum jemand hat Kenntnis davon, dass die Militärs in Burkina Faso seit den Vorkommnissen Anfang 2011 vollständig entwaffnet wurden. Zugang zu Waffen hat ausschließlich die Präsidentengarde. Gut in Erinnerung sind uns allen die jüngsten Ereignisse in Nigeria, als die Regierung versuchte, die massiven Subventionen für moderate Benzinpreise zu reduzieren. Sie waren schlicht nicht durchsetzbar, das Land stand kurz vor dem Bürgerkrieg. In Burkina Faso, Niger, Mali, Togo und Benin stellt sich die Lage nicht wesentlich anders dar. Um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, subventionieren die Regierungen weit über ihre Möglichkeiten hinaus Grundnahrungsmittel, Strom, Wasser und Benzin. Jede falsche Bewegung an dieser Stellschraube würde die Lage in den jeweiligen Ländern dramatisch verschlechtern. Nur können sich die erwähnten Länder diese Maßnahmen eigentlich nicht leisten, im Gegensatz zu Nigeria und allenfalls Ghana.

Die vorsätzliche Reduktion auf das humanitäre Flüchtlingsproblem in Nordmali hat dazu geführt, dass die Ursachen des Terrors niemals öffentlich diskutiert, geschweige denn Lösungen erörtert wurden. Alle betroffenen Länder der Region wissen um die vernachlässigten Strukturen und die katastrophalen Lebensumstände der dort ansässigen, zumeist nomadischen Bevölkerungsgruppen. Die Frage der Integration der Tuareg in die Länder des Sahel ist nicht neu. Seit dem Wegfall libyscher „Subventionen“ und dem Entstehen eines politischen Vakuums verschärft sich die Frage der Identifikation dieser sehr heterogenen Bevölkerungsgruppe dramatisch. Frühzeitige Warnungen des Niger und Malis an die Adresse des Westens wurden jedoch niemals wahrgenommen. Ein weiteres Wegschauen der internationalen Staatengemeinschaft würde allerdings bedeuten, die fragilen Staatssysteme des Sahelgürtels ihrem Schicksal zu überlassen, dessen Ausgang sehr ungewiss ist.

Entwicklung vollzieht sich in den Ländern Afrikas vornehmlich in den Hauptstädten oder anderen größeren Agglomerationen. Dort sitzen die Reichen und Mächtigen. Dort entwickelt sich die seit neuestem beschriebene „neue Mittelschicht“ Afrikas. Kaum jemand weiß aber, dass der Norden Ghanas zu den ärmsten und rückständigsten Landstrichen des gesamten Kontinents zählt. Kaum jemand nimmt bewusst zur

Kenntnis, dass weit weniger als die Hälfte aller Jugendlichen Afrikas eine nennenswerte Schulausbildung erhält. In Mali und Burkina Faso sind es kaum 30 %, im Niger noch weniger. In diesen Ländern sind die Bevölkerungsraten die höchsten Afrikas. Burkina Faso erzielt mehr Deviseneinnahmen mit Gold (drittgrößter Goldproduzent Afrikas nach Südafrika und Ghana) als mit dem Rohstoff Baumwolle, der ebenfalls Rekordernten erreicht. Trotzdem hungert der Norden des Landes und es stehen nicht einmal Schulen für jeden dritten Jugendlichen bereit (die statistischen Angaben beruhen auf den Durchschnittswerten der Länder). Kaum jemand macht sich die Mühe, die Verhältnisse in den nördlichen, den tatsächlichen Sahelzonen mit einzubeziehen oder diese genauer zu analysieren.

Dem Betrachter drängt sich somit fast der Eindruck auf, dass der Putsch in Mali die Reaktion einer ohnmächtigen Gesellschaft ist, die nicht bereit und willens ist, sich mit den offensichtlichen Missständen abzufinden. Unter dem Deckmantel demokratischer Verfahren und einer anerkannten verfassungsgemäßen Ordnung vollzieht sich eben kein gesellschaftlicher Wandel hin zu einer gerechteren Verteilung der staatlichen Ressourcen. Benachteiligte Regionen bleiben benachteiligt, Strategien zur Förderung von Bildung oder von Gesundheitssystemen verdienen ihren Namen nicht. Viel entscheidender ist aber doch die öffentliche Wahrnehmung, denn während der durchschnittliche malische Bürger immer weiter in einen Teufelskreis aus Armut und Arbeitslosigkeit gerät, und keinerlei Veränderung in seinem Umfeld verspürt, werden Reiche offenbar immer reicher und Mächtige immer mächtiger. Mali ist kein Einzelfall. Der Putsch hätte ebenso Burkina Faso oder den erst jüngst zu vermeintlicher Ruhe gekommenen Niger treffen können.

In Mali wurden all diese Umstände einem Präsidenten angelastet, der getreu den demokratischen Vorgaben versprochen hatte, sich nicht um ein neues Mandat zu bewerben. Nur leider lief ihm die Zeit davon, denn die katastrophale militärische Lage im Norden brachte ein Fass zum Überlaufen, das sich längst nicht nur auf die Republik Mali beschränkt. Der afrikanische Kontinent steht mit seinen Rohstoffen, seinen Investitionsmöglichkeiten und der sogenannten demographischen Dividende am vermeintlichen Beginn eines Paradigmenwechsels. Übertreffende Wirtschaftszahlen sagen aber nur wenig über tatsächliche „Gute Regierungsführung“ oder „nachhaltiges Wachstum“ aus. Vergleiche mit den Entwicklungen der asiatischen „Tigerstaaten“ laufen ins Leere, denn dort hatten strategische Initiativen zu Bildung, Infrastruktur und starken Verwaltungen von Beginn an oberste Priorität. Die exzellenten Wirtschaftszahlen einiger afrikanischer Musterländer beruhen dagegen nahezu ausschließlich auf der fast ungebremsten Ausbeutung natürlicher Rohstoffe. Weiterhin fehlen qualifizierte Arbeitsplätze, Investitionen in Bildung und kompetente Verwaltungen. Schätzungen für erforderliche Investitionen in Infrastruktur auf dem afrikanischen Kontinent belaufen sich auf Beträge zwischen 60 – 70 Mrd USD jährlich innerhalb der nächsten 20 Jahre. Bis zum Jahr 2040 wird sich die Bevölkerung Afrikas verdoppeln, die bereits heute an ihre Grenzen stoßenden Städte werden um den Faktor drei wachsen. Für das Jahr 2040 werden für die Städte Afrikas mehr als eine Mrd. Menschen prognostiziert. Angesichts dieses gigantischen Investitionspotenzials

benötigt dieser Kontinent einen „Marshall-Plan“, der die sozialen Aspekte der Entwicklung zur „conditio sine qua non“ erhebt.

Ralf Wittek

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

IMPRESSUM

Erstellt: 12.04.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de